

GRÜNE Hamburg, Burchardstr. 21, 20095 Hamburg

An
BiNe Bisexuelles Netzwerk e.V.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Hamburg

Anna Gallina
Landesvorsitzende

Burchardstr. 21
20095 Hamburg
Anna.Gallina@hamburg.gruene.de

Hamburg, 11. Februar 2020

Antwort: Wahlprüfsteine zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2020

Sehr geehrter Frank Thies, sehr geehrte Daniele Ciprianor,

gerne beantworte ich Ihre Wahlprüfsteine an Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg zur anstehenden Bürgerschaftswahl 2020.

Frage 1:

*Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/Shared-Docs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>). In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).*

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Für Coming-outs braucht sind ein unterstützendes gesellschaftliches Klima und ein positiv eingestelltes persönliches Umfeld wichtige Faktoren. Für die gesamtgesellschaftliche Situation bedeutet das für uns Grüne, dass wir uns ohne Wenn und Aber für die Akzeptanz aller Menschen mit allem sexuellen Orientierungen einsetzen. Auch Vorbilder können dafür hilfreich sein, weil sie eine Normalität vorleben, die in unseren Alltag transportiert wird. Parteiintern bedeutet das bei uns Grünen nur Unterstützung für die Fälle, in denen Personen über ein Coming-out nachdenken. Lehrer*innen und Politiker*innen können natürlich einen Einfluss auf – gerade junge – Menschen haben, die sich selbst in so einer Phase befinden.

Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?

Nein.

Frage 2:

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>). Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?

Für ein Coming-out braucht es ein unterstützendes und diskriminierungsfreies Umfeld. Gerade in den Schulen ist es daher für junge Menschen besonders wichtig, dass ein Bewusstsein für verschiedene sexuelle Orientierungen geschaffen wird. Das ist uns Grünen sehr wichtig – daher haben wir in unserem Zukunftsprogramm eine Verstärkung des Aufklärungsprojektes soorum verankert, das schon jetzt in einer Vielzahl schon Schulen aktiv und mittlerweile auch drei Kooperationsschulen in Hamburg hat. Gleichzeitig ist es wichtig, dass auch Lehrkräfte für diese Fragen weiter sensibilisiert und weitergebildet werden. Das hilft zum einen auf dem Weg zum Coming-out, aber auch ganz generell in Fällen von Diskriminierung.

Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Die Mittel, die wir für soorum und evtl. andere Aufklärungsprojekte zur Verfügung stellen wollen, hängen direkt von dem Bedarf ab, der uns von den jeweiligen Institutionen rückgemeldet wird. Diese Evaluation muss fortlaufend passieren. Wir sind aber bereit, dafür mehr finanzielle Mittel bereitzustellen.

Frage 3:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>. In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen. In Hamburg gibt es seit 2017 den „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (<https://www.hamburg.de/zusammenhalt/10021120/akzeptanz-vielfalt/>).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Schon bei der Erstellung des Aktionsplanes war es eines unserer wichtigsten Anliegen, Vertreter*innen der Community breit an der Erstellung des Aktionsplans zu beteiligen. Auch bei der Evaluation und der Umsetzung wurde über die einzelnen thematischen Runden Tische bereits auf die große Expertise der beteiligten Vereine und Initiativen gesetzt – diese gute Zusammenarbeit wollen wir bei der Fortschreibung des Aktionsplanes auf jeden Fall fortsetzen. Bei der Fortschreibung wollen wir Grüne aber vor allem den Bereich der Bisexualität stärker in den Fokus nehmen, sodass sich auch konkrete Ziele im Aktionsplan wiederfinden. Eine Aufklärung in der Schule kann dabei einer dieser konkreten Punkte sein. Grundsätzlich wollen wir vielfältige sexuelle Aufklärung in den Schulen. Selbst bei einer Festschreibung in den Rahmenlehrplänen bleibt aber die Freiheit der Lehrer*innen. Im Rahmen dieser Freiheit

wollen wir die Lehrer*innen mit dem Lehrerinstitut für Fortbildung dazu bringen, diese Themen vermehrt anzusprechen.

Frage 4:

*Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787). Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.*

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Sicherlich finden solche rückständigen Akteur*innen immer wieder Gehör bei ebenso rückständigen Politiker*innen. Das verurteilen wir Grüne deutlich.

Hier zeigt sich ganz klar, dass wir gesamtgesellschaftlich in der Akzeptanz aller sexuellen Orientierungen noch nicht so weit sind wie wir gerne wären. Für uns ist eine diverse Sexualaufklärung in der Schule nicht verhandelbar, weil sie einen großen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung der Schüler*innen hat und für mehr Akzeptanz u.a. verschiedener sexueller Orientierungen sorgt.

Frage 5:

*Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138). In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein **Initiative zu bisexueller Sichtbarkeit**: https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html, https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.*

Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Hamburg vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Eine derartige Aktion ist mehr als nur Symbolpolitik wie einige der Kritiker*innen sagen. Das Hissen der Bisexuellen-Flagge ist ein Zeichen, das direkt aus der Politik gesandt wird und Öffentlichkeit und Bewusstsein für dieses wichtige Thema schafft. Wir können uns ganz grundsätzlich ähnliche Aktionen auch in Hamburg vorstellen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge am Rathaus oder einer Behörde gehisst wird? Welche?

Das stärkste Zeichen wäre aus politischer Sicht natürlich ein Hissen der Flagge am Hamburger Rathaus, aber auch die zuständige Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung käme in Frage.

Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?

Grundsätzlich sind wir Grüne immer bestrebt, das gesamte Spektrum sexueller Orientierungen mitzudenken und dementsprechend auch mit zu nennen.

Frage 6:

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) gehalten (<https://www.bicomcommunity-news.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>). Dieses Jahr ist nicht nur das Jubiläum „40 Jahre CSD Hamburg“, sondern auch „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2020 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in die Hamburger Bürgerschaft einbringen?

Wir freuen uns sehr, dass das Thema Bisexualität auch im Hamburger Rathaus angekommen ist und dass das Bisexuelle Netzwerk Hamburg jährlich beim Neujahrsempfang der Grünen Fraktion im Rathaus vertreten ist, um auf die Belange Bisexueller hinzuweisen und das Bewusstsein zu erhöhen. Ob es zu einer Rede zu dem Thema kommt, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Für inhaltliche Anträge, die zu einer Verbesserung der Situation von Bisexuellen beitragen können, sind wir immer offen und hoffen auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher. https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Hierzu haben wir aktuell keine Beschlusslage.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich**: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenter-oettinger-chinesen-homo-ehe>, <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Wir verurteilen Hasskriminalität jeglicher Art und damit natürlich auch gegen bisexuelle Menschen aufs Schärfste. Das untermauern wir mit konkreten Maßnahmen:

Vor allem online ist das ein Problem. Wir Grüne haben die Koordinierungsstelle OHNe Hass („Offensiv gegen Hass im Netz - konsequent anzeigen, effektiv verfolgen“) geschaffen, die mit Medienunternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeitet, um das Anzeigeverhalten betreffend Hasskriminalität im Internet zu verbessern und die Täter effektiver zu verfolgen.

Um den Kampf gegen Hasskriminalität zu verstärken, werden wir analog zu den Ansprechpersonen für die queere Community bei der Polizei auch Ansprechpersonen bei der Staatsanwaltschaft etablieren und zudem eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft in diesem Bereich prüfen.

Wir wollen bei Online-Hasskriminalität, dass die Plattformbetreiber zur Verantwortung gezogen werden. In einer Bundesratsinitiative haben wir daher das Marktortprinzip gefordert. Dadurch würden die Betreiberfirmen sozialer Netzwerke verpflichtet, den deutschen Strafverfolgungsbehörden Auskunft zu erteilen. Das Strafrecht und das Bürgerliche Gesetzbuch stehen für uns Grüne über den AGBs der Betreiber*innen. Wenn diese nicht mit den Behörden kooperieren, müssen schmerzhaft Bußgelder untermauern, dass wir nicht akzeptieren, wenn das staatliche Gewaltmonopol im Internet ausgehöhlt wird. Darüber hinaus wollen wir wissen, wie es um Hasskriminalität, u.a. gegen bisexuelle Menschen, beschaffen ist. Wir wollen uns daher für eine Erweiterung der statistischen Erfassung von Hasskriminalität bei den Staatsanwaltschaften einsetzen, damit auch sexistische Hasskriminalität gegen Frauen, inter, trans* und nicht-binäre Personen in der Statistik sichtbar wird.

Frage 9:

*Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist eine besonders zu verachtende Straftat. <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>*

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Hasskommentare sind der erste Schritt bevor körperliche Gewalt angewandt wird. Die Maßnahmen zu Frage 8 sind daher direkt mit dieser Frage verbunden und sollen auch die Gewalt gegen queere Menschen bekämpfen. Vor allem die Ansprechpersonen für die queere Community bei der Staatsanwaltschaft und eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft sind für Gewalttaten besonders wichtig. Zudem wollen wir die Ansprechpersonen für die Community bei der Polizei weiter stärken.

Frage 10:

*Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter. https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824*

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Leider ist diese diskriminierende Regelung nur auf Bundesebene zu verändern. Wir lehnen die aktuelle Regelung ab und haben dazu bereits alles in unserer Macht stehende unternommen und mit einem Antrag in der letzten Legislatur gefordert, die Rückstellungskriterien zu überprüfen und einen europaweiten wissenschaftlichen Austausch über Regelung für MSM und transsexuelle Menschen bei der Blutspende zu erreichen. Zudem sollen die Bundesärztekammer und das Paul-Ehrlich-Institut wegen der Regelungen bezüglich MSM und transsexuellen Menschen bei der Blutspende Kontakt mit den Bundesverbänden der homo- und bisexuellen Männer, der Transsexuellen und der AIDS-Hilfen aufnehmen.

Frage 11:

*Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagie-*

ren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden? Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Wir haben in unserem Grünen Zukunftsprogramm festgehalten, dass wir das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Gesetz zur geschlechtlichen, Selbstbestimmung ersetzen wollen. Bisher werden transgeschlechtliche Menschen in Deutschland gezwungen, sich als psychisch krank diagnostizieren zu lassen, um ihren Personenstand zu ändern. Das ist aber eine freie und selbstbestimmte Entscheidung. Nicht Ärzt*innen und Gutachter*innen, sondern die Menschen selbst müssen entscheiden dürfen. Außerdem wollen wir eine Verankerung der sexuellen Identität in Art. 3 GG (siehe Frage 13).

Frage 12:

Auch heute werden noch **intersexuelle Kinder** ohne medizinischen Grund operiert oder wie manche sagen „**genital-verstümmelt**“: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Intersexuelle Menschen sollen als ein gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft anerkannt werden und dürfen in ihren Menschen- und Bürgerrechten nicht länger eingeschränkt werden. Die Verhinderung irreversibler, schädlicher und medizinisch nicht notwendiger Operationen an intergeschlechtlichen Kindern ist daher unser Ziel. Ein Verbot kann es nur auf Bundesebene geben, wir werden ein mobiles Beratungsprojekt einrichten, welches Inter*-Organisationen, Eltern von intergeschlechtlichen Kindern, Krankenhäuser und Ärzt*innen hierbei unterstützt. Alle Menschen haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung.

Frage 13:

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>).

Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?

Ja, das haben wir auch in unserem Grünen Zukunftsprogramm festgeschrieben: „Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das Diskriminierungsverbot im Grundgesetz durch das Merkmal der sexuellen Identität ergänzt wird.“ Einem Antrag im Bundesrat dazu haben wir bereits zugestimmt, dieser liegt jetzt im Bundestag.

Frage 14:

Die Grünen haben ein Gutachten für ein **Regenbogenhaus** erstellt (<https://www.farid-mueller.de/2019/12/zum-nachlesen-gutachten-zu-einem-regenbogenhaus-fuer-hamburg/>).

Bis wann wird das Projekt umgesetzt? Werden Bisexuelle dabei mitberücksichtigt?

Die zeitliche Umsetzung des Projektes hängt vom weiteren breiten Austausch mit der Community ab, die wir anstreben. In diesem Austausch sind natürlich auch bisexuelle Menschen

sehr erwünscht. Wir werden in diesem weiteren Prozess das Bisexuelle Netzwerk und alle weiteren interessierten Vertreter*innen der Community beteiligen.

In einem ersten Termin haben sich verschiedene Interessenlagen innerhalb der Community herauskristallisiert, die wir alle mit einbeziehen wollen. Wir freuen uns dabei über Unterstützung.

Zum Schluss noch zwei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

Frage 15:

*Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Dennoch scheinen sie der Partei alles durchgehen zu lassen – von zutiefst **menschenrechtsfeindlichen Äußerungen** (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/15573132/>) bis hin zu **AfD-Denunziationsplattformen** zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>). Während in Mecklenburg-Vorpommern jenes Portal nach wenigen Tagen verboten wurde, folgt der Schulsenator Ties Rabe (SPD) den Forderungen der AfD und reagiert unverhältnismäßig (vgl. <https://taz.de/Kommentar-Sticker-an-Ida-Ehre-Schule/15579476/>).*

Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?

Wann und wie werden Sie dafür sorgen, dass das Denunziationsportal verboten wird? Oder warum lassen Sie solche Formen bestehen, die es zuletzt im Dritten Reich in Hamburg gegeben hat?

In Hamburg ist die AfD-Fraktion der Träger der Denunziationsplattform zu Lehrer*innen. Da für die Fraktionen in der Bürgerschaft in diesem Fall die Datenschutzgrundverordnung nicht zieht, gibt es aktuell leider keine rechtliche Handhabe diese Plattform zu verbieten. Wir verurteilen diese Aktion der AfD aber natürlich mit allem Nachdruck.

Frage 16:

*Der **Klimawandel** ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen.*

Warum wird der Rat von Klimaforschenden nicht ernstgenommen?

Die pauschale Einschätzung, dass Ratschläge aus der Wissenschaft oder die Fridays-for-Future-Bewegung „nicht ernstgenommen“ würden, teilen wir nicht. Selten hat in den letzten Jahren eine Bewegung so viel Resonanz durch alle gesellschaftlichen Schichten und auch in Politik und Wirtschaft gefunden. Wir haben aber wie Sie den Eindruck, dass das Ausmaß der drohenden Probleme durch die Klimakrise bei vielen Menschen tatsächlich noch nicht wirklich angekommen ist.

Unbestritten ist dagegen, dass die bisherigen Schritte bei weitem nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das hat auch damit zu tun, dass die breite allgemeine Zustimmung zum Klimaschutz nicht zwingend mit einer Zustimmung zu konkreten Maßnahmen einhergeht: Menschen können z.B. gleichzeitig den Ausbau des ÖPNV fordern und gerichtlich gegen Belastungen durch den U-Bahn-Bau vorgehen.

Daneben sind Änderungen natürlich mit Umverteilungen verbunden. Das ist u.a. gegen die Interessen der fossilen Energiewirtschaft. Wir wollen das Zeitalter der fossilen Energien beenden und zugleich eine Perspektive für die Beschäftigten in diesem Sektor schaffen.

Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird.

In Hamburg können wir einen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung leisten. Wir Grüne haben hier in den letzten Jahren einiges bewegen können: Wir haben die Energienetze (Gas, Strom, Fernwärme) zurück in die Hand der Stadt gebracht und können nun auf klimafreundlichere Wärmequellen setzen und bis 2030 die Kohle aus dem Fernwärmenetz verbannen.

Der bisher größte Erfolg ist aber das Hamburger Paket aus Klimaplan, Klimaschutzgesetz und einer geplanten Verfassungsänderung. Die Verfassungsänderung macht die Begrenzung der Erderwärmung zum Staatsziel. Hamburg ist das erste Bundesland, das diesen Schritt geht. Damit wird der Klimaschutz an der höchstmöglichen Stelle demokratisch verankert. Im Klimaschutzgesetz sind die Hamburger Klimaziele erstmals gesetzlich festgeschrieben. Die Expert*innen im Umweltausschuss bestätigten, dass das Gesetz dem Klimaschutz in Hamburg eine neue Qualität verleiht. Mit dem Ölheizungsverbot und der Solarpflicht steht das Hamburger Klimaschutzgesetz bundesweit an der Spitze. Der Klimaplan enthält konkrete, mit Zahlen hinterlegte Maßnahmen, mit denen der Senat den Klimaschutz voranbringen will. Neu ist dabei, dass jede Behörde für die Einhaltung ihrer Ziele verantwortlich ist – reichen die Vorgaben nicht, muss die Behörde nachsteuern.

In der nächsten Legislatur werden die jetzt gefassten Beschlüsse unser Startpunkt sein. Wir Grüne wollen in Hamburg bis 2035 Klimaneutralität erreichen.

Frage 17:

Was möchten Sie noch ergänzen?

-

Mit freundlichen Grüßen



Landesvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg